

307. 1915.

Der Kampf gegen die Zensur.

Wien, 29. Januar.

Die Bewegung gegen die Presszensur hat in den letzten Tagen immer lebhafter um sich gegriffen. Eine Reihe von autonomen Verwaltungskörpern, Handelskammern und Gemeindevertretungen hat sich in einstimmigen Beschlüssen gegen die Handhabung einer Kriegszensur ausgesprochen, die der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten in der Presse auch dort Schranken auferlegt, wo dies durch die berechtigten Interessen der Kriegführung nicht geboten ist. Der niederösterreichische Gewerbeverein, die kärntner Handelskammer, der salzburger Gemeinderat und in einem gestern gefaßten Beschlusse die Linzer Gemeindevertretung haben die Stimmung zum Ausdruck gebracht, die in der Bevölkerung besteht und die sich mit aller Deutlichkeit gegen eine Einschränkung des Rechtes der öffentlichen Meinungsäußerung und gegen die Beschränkung des wichtigsten Berufes der Presse aussprechen, der darin besteht, die das Volk bewegenden politischen und wirtschaftspolitischen Fragen zu erörtern. Der Linzer Gemeinderat weist darauf hin, daß bei der Abwesenheit des parlamentarischen Lebens, da weder Reichsrat noch Landtage versammelt sind, die Presse der einzige Ort ist, wo Lebensfragen der Bevölkerung besprochen werden können. Der Beschluß der Linzer Gemeindevertretung gibt dem Bedauern Ausdruck, daß die Presse, obwohl sie in allen Fragen der Vaterlandsverteidigung eine durchaus korrekte Haltung beobachtet, in ihrer Aufgabe gehemmt wird. Der Wirkungskreis der Presszensur solle nur auf das Verbot beunruhigender und schädlicher Nachrichten über die Bewegungen des Heeres und der Flotte eingeschränkt werden. Die österreichische Presse hat von dem Augenblick an, da die Monarchie in den Krieg eingetreten ist, volles Verständnis dafür gezeigt, daß zu den wichtigsten Mitteln der Kriegführung die volle Geheimhaltung alles dessen gehört, was der Feind gegen uns ausnützen könnte. Allein, was über die Grenze militärischer und politischer Notwendigkeit hinausgeht, darf auch im Kriege nicht der öffentlichen Erörterung entzogen werden. Weder im Deutschen Reich noch in Ungarn werden der Presse andere Schranken gezogen als die selbstverständlichen, die der pflichtbewußte Journalist sich selbst zieht und die aus dem Bedürfnisse der militärischen und politischen Verteidigung des Vaterlandes fließen. Die Presse ist dankbar dafür, daß, wie die Beschlüsse ernster Körperschaften und der freigewählten Vertreter der Bürgerschaft zeigen, ihr Kampf um die Erhaltung einer öffentlichen Tribüne, auf der die wichtigen Fragen des allgemeinen Wohles besprochen werden, in der Bevölkerung voller Verständnis findet.